

Themen der Debatte

Der Landtag hat bei seiner letzten Plenarsitzung das 3. Funktionalreformgesetz, eine Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen sowie des Gesetzes über die Fachhochschulen, das Mitbestimmungs-Artikelgesetz, das Graduiertenförderungsgesetz, die Haushaltsrechnung 1982 sowie Gemeinschaftsaufgaben beraten. „Landtag intern“ wird nach den Parlamentsferien darüber berichten.

★



Gegen die Teilstillegung der Bahnstrecke 470 von Kleve bis Nijmegen sprach sich der Arbeitskreis Verkehr der SPD-Landtagsfraktion während der Bahnstreckenbereisung von Krefeld bis Nijmegen aus. Wo man die Argumente der Bahn in Sachen Wirtschaftlichkeit bei der im Stilllegungsverfahren befindlichen Bahnstrecke 475 von Xanten bis Kleve noch verstehen könne, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Georg Aigner, müsse man die Schließung von grenzüberschreitenden Bahnstrecken angesichts der Öffnung der europäischen Grenzen als politisch nicht zeitgemäß ablehnen. Das Bild zeigt die Abgeordneten Georg Aigner (r.) sowie Werner Linkner (2.v.l.) und Helmut Kupski (3.v.l.).

Sozialhilfe . . .

Fortsetzung von Seite 18

angehörigen liegen künftig zwischen 160 und 320 Mark.

Die Regelsatzerhöhung zum 1. Juli 1984 richtet sich nach der zu erwartenden Entwicklung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten in der Zeit von Juli 1984 bis Juni 1985.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper, Telefon: 884303 und 884304

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“ Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Friedrich Schreiber MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender; Dr. Marianne Ulsamer (SPD), Pressereferentin; und Friedhelm Görgens (CDU), Pressesprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche



Hans Wagner (CDU)

In der Hinwendung zum Mitbürger sieht er seine wesentlichste Aufgabe – und die Aufgabe der Politiker überhaupt. So ist denn auch die parlamentarische Tätigkeit des CDU-Landtagsabgeordneten Hans Wagner aus Oberhausen gekennzeichnet vom sozialen Engagement. „Nicht große Reden halten, sondern immer dort, wo Not tut, handeln.“ Diese anspruchsvolle Devise des heute Fünfzigjährigen dürfte entsprungen sein aus dessen Elternhaus, der Umgebung und der Jugendjahre.

Der Vater war Schlosser auf einer Zeche und sein Sohn Hans wurde es auch, bevor er später die Höhere Fachschule für Sozialarbeit besuchte und dann als Sozialarbeiter und Bewährungshelfer tätig war und mit der Kehrseite der sogenannten Wohlstandsgesellschaft der sechziger und siebziger Jahre konfrontiert wurde. Dazwischen lagen auch aktive Jahre in der katholischen Jugendarbeit.

In dieser Zeit, 1956, trat Hans Wagner in die CDU ein, „denn sie war die Partei, der ich mich nahestehend fühlte“. Seit 1961 ist der gebürtige Oberhausener Mitglied des Stadtrates und seit 1969 Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion seiner Heimatstadt. Auch gehört er seit vielen Jahren dem Landes- und dem Bundesvorstand seiner Partei an.

Der politische Wirkungsradius des sozial engagierten Christdemokraten ist groß. Im Petitionsausschuß sieht er sein Anliegen darin, für den „kleinen Mann“ gegen die Behördenwillkür zu kämpfen. Dabei vertritt der Oberhausener die Auffassung, „dieser Ausschuß muß so erfolgreich arbeiten, daß er sich eines Tages selbst überflüssig macht“. Im Justizausschuß widmet er sich vor allem dem Stafvollzug. Man müsse in der Bevölkerung Verständnis dafür gewinnen, daß der Stafvollzug human und darauf orientiert sein sollte, die Inhaftierten auf die Zeit nach der Haftentlassung vorzubereiten. „Sie müssen dann draußen ihren Mann stehen.“ Diese Fortführung der Stafvollzugsreform könne aber nur mit und nicht gegen die Bevölkerung gelingen.

Als langjähriges Mitglied des Landes- und Bundesvorstandes der CDU-Sozialausschüsse betrachtet er die „Stabilisierung“ der Familie als eine der großen

gesellschaftlichen Herausforderungen. Dabei gehe es nicht nur um materielle Verbesserungen, sondern auch um den ideellen Wert der Familie. „Mich regt es immer auf, wenn ich das Wort von der ‚Nur-Hausfrau‘ höre; das ist eine Diskriminierung.“ Nach seiner Auffassung müssen die Politiker entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, die es den Frauen ermöglichen, sich für Beruf, Familie oder aber für beides zu entscheiden. Die Konsequenz sei, daß einer Mutter die Erziehungszeiten für ihre Kinder bei der Rente angerechnet werden müßten.

Der viele Jahre in der Jugendarbeit tätig gewesene Landtagsabgeordnete hat auch mit zunehmendem Alter sein Engagement für die Jugend nicht aufgegeben. So hält er die junge Generation für „viel besser als ihr Ruf“. Dabei verweist Hans Wagner darauf, daß kaum eine andere sich so stark für soziale Belange eingesetzt habe wie die heutige Jugend. Schließlich muß nach Ansicht des CDU-Politikers Abhilfe geschaffen werden, daß „ältere Mitbürger in den Altenheimen ein Taschengeld vom Sozialamt bekommen, obwohl sie ein ganzes Leben lang gearbeitet haben“. Er setzt sich für die Zahlung eines „Vorab“-Betrages der Rentenversicherungsträger an die Heimbewohner ein: „Auch das hat etwas mit Menschenwürde zu tun.“

Aus seinem politischen Verständnis heraus mahnt Hans Wagner die Politiker, „erst immer die Sache zu sehen und nicht – um in der eigenen Partei ein Schulterklopfen zu erhalten – dem politischen Gegner in den Bauch zu treten“. Fair play auch in der Politik – es wäre nicht selten erforderlich. Jochen Juretko